

7. Die Bestimmung politischer Partizipation in den Verfassungen dreier Bundesstaaten der USA

7.1 Republikanismus und starker Liberalismus

Die Verfechter des starken Liberalismus hatten eine Vision moderner marktwirtschaftlicher Ordnung. Sie betrachteten den antidemokratischen Kapitalismus der Föderalisten und ihrer Nachfolger als unvollständige Moderne. Ihre Idee von Gesellschaft kann noch heute dem Status quo entgegengehalten werden. Es ging und geht ihnen nicht um die Tugend der Vielen oder der Wenigen – eben nicht, wie so oft heute, um Moral – sondern um ein Konzept für Institutionen, in denen jeder seine Vorstellung vom richtigen Leben so weit wie möglich verwirklichen kann. Diese Position entstand in den Vereinigten Staaten nicht auf einen Schlag; sie entfaltete sich allmählich aus der kulturellen, religiösen und ökonomischen Realität der lokalen Demokratien der jungen USA. Verteilungskonflikte, öffentliche Debatten und kollektive Schlüsselerfahrungen lagen ihr zugrunde.

Quer zu ihrer Abhängigkeit von England entstand im Lauf des achtzehnten Jahrhunderts in den Kolonien an der Ostküste Amerikas ein geschärftes Selbstverständnis lokaler Demokratie. Auch wenn zu dieser Zeit etwa das Stimmrecht für Frauen, Schwarze und Indianer nur vereinzelt gefordert wurde, so wurden doch auf der Ebene der Kommunen jene Beschränkungen des Wahlrechts immer wieder außer Kraft gesetzt, die in den Vereinigten Staaten teils noch bis zum zwanzigsten Jahrhundert dieses Recht an das Vorhandensein von Besitz banden.¹

Radikale Demokratie garantiert aber nicht per se den Schutz individueller Freiheit. Denkbar ist auch eine demokratische Diktatur. Tatsächlich waren viele der von Arendt in ihrem Buch *Über die Revolution* bewunderten, über fünfhundertfünf-

1 Karl Loewenstein: *Verfassungsrecht und Verfassungspraxis der Vereinigten Staaten*, Berlin (u.a.O.) 1959. Zum Wahlrecht von Frauen: »Den Keil für die Einführung des Frauenstimmrechts bildete das Gemeindewahlrecht.« (S. 131) Zum Wahlrecht von Schwarzen: »Nur in einigen Staaten des Nordens, vor allem in New England, hatten vor 1860 vereinzelt Neger das Stimmrecht.« (S. 586)

zig selbstverwalteten Townships² der amerikanischen Kolonien höchst repressive Kollektive. Viele Menschen waren nach Amerika ausgewandert, weil sie unter der religiösen Intoleranz in den Staaten Europas gelitten hatten. Doch die meisten von ihnen waren, als sie ihre neuen Gemeinwesen schufen, selbst in hohem Maße intolerant. Bei der Unterdrückung gingen die verschiedenen christlichen Konfessionen eine Allianz mit dem klassischen Republikanismus ein. So wünschte der demokratische Lokalist Samuel Adams (1722–1803), Organisator der Boston Tea Party, seine Heimatstadt Boston möge zu einem »christlichen Sparta«³ werden. Ihm und anderen Siedlern ging es nicht um den Schutz der Freiheit des Einzelnen, sondern um den Erhalt der Tugend des Bürgers als Diener der Gemeinschaft.

In Folge der Tätigkeit des Kontinentalkongresses traten ab 1776 die Verfassungen der dreizehn Bundesstaaten eine nach der anderen in Kraft. Bei jeder dieser Konstitutionen lohnt sich die Mühe der Prüfung, ob ihr Text demokratische Ansprüche eher republikanisch oder eher liberal begründet. Der Begriff des Republikanismus rekurriert in diesem Kontext entweder auf die Tradition des klassischen Republikanismus eines Machiavelli beziehungsweise Harrington oder auf die Tradition des Puritanismus und Kommunalismus. Wie das Beispiel Samuel Adams zeigt, verbanden sich beide Strömungen nicht selten zu einem spezifischen Konglomerat.

Das schwachliberale, föderalistische Modell von Gesellschaft war republikanisch beeinflusst, obwohl es nicht auf eine geschlossene Tugendrepublik, sondern auf einen wirtschafts-nationalistischen Kapitalismus zielte. An die Stelle der Tugend der breiten Masse trat die einer kleinen Elite. Zugleich setzten die Föderalisten Lockes Theorie vom Grundrecht auf Eigentum und dem Anspruch auf unbegrenzte Akkumulation in politische Praxis um. Das Denken der Föderalisten stellt folglich eine Synthese des Republikanismus in der Tradition Montesquieus und Harringtons auf der einen, und des Liberalismus in der Tradition Lockes auf der anderen Seite dar.

An diesem Punkt ist die Frage interessant, ob nicht umgekehrt das Gegenmodell, das starkliberale, antiföderalistische Modell von Gesellschaft aus einer Synthese des Republikanismus Harringtons, John Trenchards (1662–1723) und Thomas Gor-

2 Hannah Arendt: *Über die Revolution*, München 1963, S. 215f, S. 228. »Diejenigen, welche die verfassungsgebende Macht erhielten, waren die regulär gewählten Vertreter konstituierter Gemeinden; sie waren von unten gewählt, nicht von oben ernannt, und wenn sie sich an das alte römische Prinzip hielten, daß alle Macht beim Volk liegt, so war dies für sie keine Fiktion und das Volk für sie nichts Absolutes – die Nation, die über den Gesetzen und über allen weltlichen Autoritäten thront –, sondern eine gegenwärtige Realität. Das Volk war für sie eine in Organisationen und Institutionen zusammengefaßte Menge von Menschen, die gewöhnt war, ihre Macht gemäß bestimmten Regeln und im Rahmen von Gesetzen auszuüben.« (S. 215)

3 Samuel Adams: *Brief an John Scollay*, 30. Dezember 1780, in: Harry Alonzo Cushing (Hg.): *The Writings of Samuel Adams*, Bd. IV 1778–1802, New York und London 1908, S. 236–239, Zitat S. 238.

dons (1691–1750) auf der einen Seite und den Ideen der Leveller auf der anderen Seitenwege gebildet wurde.

Harringtons These lautete, dass die politische Macht der ökonomischen entspringt, ein Grundsatz, der später zu der Formel »Power follows property« verkürzt wurde. Das in seiner 1656 publizierten Schrift *The Commonwealth of Oceana* zum Ausdruck kommende, republikanisch inspirierte Wissen über den Zusammenhang von Eigentumsverteilung und Staatsform kann der Institutionalisierung von Rahmenbedingungen von Freiheit dienen; es kann aber auch benutzt werden, um Ungleichheit erst zu erklären, dann zu rechtfertigen. Harrington selbst hat nie an die Herstellung tatsächlicher Gleichheit gedacht. Trotz seiner republikanischen Rhetorik leitete er aus der bestehenden Ungleichheit des Eigentums in England ab, die Legislative müsse in die Hände der reichsten Bürger des Landes gelegt werden:

»Und daß in einem Gemeinwesen die nötige Prärogative in gewissem Umfange den Begüterten zuerkannt wird, liegt im Wesen des Erwerbsfleißes und seines Nutzens für die Allgemeinheit begründet. [...] Es gibt in allem eine Mitte: Wie in einem Gemeinwesen übermäßiger Reichtum das Gleichgewicht aufhebt, so kann auch äußerste Armut es nicht stützen, und man darf es ihr unter keinen Umständen anvertrauen.«⁴

Soweit also zum Republikanismus bei Harrington. Über sechzig Jahre später waren Trenchard und Gordon an die Öffentlichkeit getreten. Ihre in London erschienenen Veröffentlichungen wurden in Amerika stark wahrgenommen und beeinflussten die dortigen Starkliberalen. Erinnern wir uns an jenes Ereignis, das am Anfang der 144 in Londoner Zeitungen publizierten *Cato's Letters* stand: die Südseeblase von 1720, eine gigantische Spekulation auf Geschäfte, die nur erdacht, nicht aber vereinbart, geschweige denn verwirklicht waren, ein Boom und Crash von Aktien der South Sea Company, eine Finanzkrise, welche die Wirtschaft Englands in den Abgrund zu reißen drohte. Die Aufsätze Trenchards und Gordons verdammt die Korruption und den Mangel an Moral in weiten Teilen der politischen und ökonomischen Elite des Königreiches; sie warnten vor dem Aufkommen einer Tyrannei. Mit dem Wissen über den Zusammenhang von Eigentumsverteilung und Staatsform im Kopf wandten sich die beiden Autoren gegen die Übermacht der Handelsgesellschaften und der Bank von England. Bei ihrer Forderung nach Entmachtung gingen Trenchard und Gordon noch über die Vorschläge Harringtons von der »Mitte eines Gemeinwesens«, in dem es weder übermäßigen Reichtum noch übermäßige Armut geben dürfe, hinaus. Ja, sie übertrafen sogar den Antimonopolismus der Leveller, indem sie

4 James Harrington: *Oceana* 1656, aus dem Englischen übertragen von Klaus Udo Szudra, herausgegeben und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner und Klaus Udo Szudra, Leipzig 1991, S. 102.

Vermögensobergrenzen für jede Art von Eigentum verlangten. Andererseits hinder- te sie ihre Gleichgewichtsvorstellung daran, Menschenrechte in der Politik wie der Ökonomie mit jener Konsequenz einzuklagen, die zuvor das Auftreten der Leveller gekennzeichnet hatte.⁵

Nach ihrer Erstveröffentlichung in den Jahren von 1720 bis 1723 erschienen die *Cato's Letters* in vier Bänden unter dem Titel *Cato's Letters, or, Essays on Liberty, Civil and Religious, and Other Important Subjects*. Die Bände waren dermaßen erfolgreich, dass 1755 bereits die sechste Auflage gedruckt wurde.⁶ Zwei Dekaden später hatten die Aufsätze Einfluss auf die Ideale der Amerikanischen Revolution; immer wieder wurden sie in der Presse zitiert. Der Historiker Clinton L. Rossiter (1917–1970) stellte fest, dass niemand, der sich mit den Zeitungen, Zeitschriften, Druckschriften und Bibliotheken der dreizehn Kolonien beschäftige, übersehen könne, welche Popula- rität *Cato's Letters* damals gehabt hätten.⁷

Während der Republikanismus bei den Föderalisten dazu diente, direkte De- mokratie zu verhindern, spielte dieselbe politische Theorie bei den Antiföderalis- ten eine Rolle bei der Rechtfertigung einer Art Demokratie von unten. Aber wie bei den Föderalisten der Republikanismus zunehmend instrumenteller verwendet wur- de – letzten Ende nur, um einen schwachen Liberalismus durchzusetzen – trat auch bei den Antiföderalisten diese politische Theorie im Lauf der Zeit in den Hinter- grund. Entweder man erkannte, dass der Republikanismus sich in der politischen Praxis nicht anwenden ließ; was einen genuinen Antiföderalisten wie Jefferson da- zu brachte, sich in der konkreten Politik, trotz aller Sympathie für eine tugendhafte, dezentrale, auf Agrikultur basierende Demokratie, dem interventionistischen Zen- tralismus der Föderalisten zu nähern. Oder man erkannte, dass der Republikanis- mus durch einen starken Liberalismus überwunden werden musste.

Am Beginn der Demokratisierung erst der Kolonien, dann der Bundesstaaten wurden Ansprüche auf Menschen- und Bürgerrechte, sofern sie nicht aus der Tra- dition englischen Rechts abgeleitet werden konnten, unter Bezug auf die Autori- täten der Antike als die Väter des klassischen Republikanismus legitimiert. Doch im Lauf der Auseinandersetzung um die Konstitution der USA entstand ein neu- es Selbstbewusstsein, das die Grundlage für den starken Liberalismus bildete. Die

5 John Trenchard, Thomas Gordon: *To the Author of the London Journal*, 19. November 1720, in: Dies.: *A Collection of Cato's Political Letters in the London Journal, to December 17, Inclusive, 1720*, London 1722, S. 16–20.

6 Nachweis im Katalog der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz (SBPK), <https://www.stabikat.de>

7 Clinton L. Rossiter: *Seedtime of the Republic. The Origin of the American Tradition of Political Liberty*, New York 1953, S. 141. Zur Rezeption Trenchards und Gordons in den Kolonien siehe Heather E. Barry: *A »Dress Rehearsal« for Revolution. John Trenchard and Thomas Gordon's Works in Eighteenth-Century British America*, Lanham/Maryland 2007.

Starkliberalen begannen nun, Bürgerrechte als solche Rechte zu begründen, die jedem Menschen schlicht aufgrund seines Menschseins zukämen und keiner weiteren Berufung auf historische Autoritäten bedürften. So entwickelte sich in Amerika die Idee der Menschenrechte.

Hier ist die rege publizistische Aktivität von Richard Price (1723–1791), Joseph Priestley (1733–1804) und Paine zu nennen.⁸ Price und Priestley waren beide englische Theologen und Unitarier, beide auch befreundet mit einigen der Gründerväter der Vereinigten Staaten. Alle drei brachten das Selbstbewusstsein der Starkliberalen so zum Ausdruck, dass der Funke der Freiheit auf breite Teile der Kolonisten überspringen konnte. Aus Republikanern, die aufgrund der Modernisierung der Beziehungen am Markt die Chance schwinden sahen, das Primat der demokratischen Polis oder Township zu erhalten, konnten nicht zuletzt durch das Studium der Schriften von Price, Priestley und Paine Starkliberale werden, die der Entwicklung des Wirtschaftens einen klaren politischen Rahmen zu geben versuchten.

Die wachsende Bedeutung des starken Liberalismus zeigte sich exemplarisch bei der Entstehung den im Jahr 1776 in Kraft getretenen Verfassungen von Virginia und Pennsylvania sowie bei der 1780 in Kraft getretenen Verfassung von Massachusetts. Daher soll im späteren Verlauf dieses Kapitels untersucht werden, welche Institutionen und Regularien in diesen Verfassungen vorgesehen waren, um eine Machtbegrenzung im Staat und eine Machtminimierung in der Wirtschaft zu ermöglichen.

7.2 Wahlrecht und Eigentum: Ihre Verbindung als Promotor einer neuen Aristokratie

Für eine Modernisierung des Landes im Interesse Weniger steht das Beispiel der Föderalisten und ihrer Bemühung um eine Beschränkung des Wahlrechts nur auf solche Personen, die über ein gewisses Maß an Eigentum verfügten. Es handelte sich bei dieser Politik nicht um ein Verharren im Alten; vielmehr ging es um ein Herrschaftsmittel bei der Gestaltung des Neuen. Auch wenn sich diese Vision nicht end-

8 Zur publizistischen Aktivität von Paine, Price und Priestley siehe folgende fünf Arbeiten: John Keane: *Tom Paine. A Political Life*, London 1995, S. 91–137 – Isaac Kramnick: *Republicanism and Bourgeois Radicalism. Political Ideology in Late Eighteenth-Century England and America*, Ithaca/New York und London 1990, Kapitel 3 *Joseph Priestley's Scientific Liberalism*, S. 71–98 – Henri Laboucheix: *Richard Price. Théoricien de la révolution américaine. Le philosophe et le sociologue, le pamphlétaire et l'orateur*, Phil. Diss., Montreal (u.a.O.) 1970 – Jean Lessay: *L'Américain de la convention, Thomas Paine. Professeur de révolutions, député du Pas-de-Calais*, Paris 1987, 2. Teil *Le premier qui fit de la propagande une arme de guerre*, S. 45–140 – Bernard Vincent: *Thomas Paine ou la religion de la liberté. Biographie*, Paris 1987, Kapitel 3 *Le sens commun*, S. 56–81, Kapitel 7 *La religion de l'Amérique*, S. 127–154.